



HESSISCHER LANDTAG

22. 09. 2020

Plenum

Antrag

**Frank-Tilo Becher (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Ulrike Alex (SPD),
Wolfgang Decker (SPD), Nadine Gersberg (SPD), Dr. Daniela Sommer (SPD),
Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion**

Humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen in Hessen II

Im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos sind erste Corona-Infektionen aufgetreten, das Lager wurde durch die griechischen Sicherheitsbehörden abgeriegelt und ist mittlerweile – wohl durch Brandstiftung – vollständig niedergebrannt. Dadurch sind dort fast 13.000 Menschen faktisch obdachlos geworden und leben in diesem Moment ohne ausreichende Versorgung mit Trinkwasser, Nahrung, Kleidung und sanitären Anlagen auf der Straße. Die Lage ist mehr als nur dramatisch. Todesopfer durch Corona und Seuchen sind zu befürchten.

Gleichzeitig kann festgestellt werden, dass in Hessen nach wie vor eine größere Anzahl von Städten und Landkreisen sofort bereit ist, Flüchtlinge aufzunehmen.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, sich in Hessen jetzt für eine sofortige humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria einzusetzen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt die Aussage, dass Menschenrechte und gelebte Humanität im Mittelpunkt hessischer Asyl- und Flüchtlingspolitik stehen sollen. Er ist der Auffassung, dass die menschenunwürdige Situation im Flüchtlingslager Moria konkrete Anstrengungen und schnelles Handeln in Hessen braucht, um der humanitären Verantwortung gerecht zu werden.
2. Der Hessische Landtag erwartet von den griechischen Behörden, dass sie die Ursachen für die verheerenden Brände im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos lückenlos aufklären und ggf. Schuldige ermitteln und zur Rechenschaft ziehen.
3. Der Landtag missbilligt scharf die Aussage von Staatsministerin Lucia Puttrich, die gegenüber der Bild-Zeitung erklärt hat, dass „... dieser Gewaltausbruch einiger [...] nicht belohnt werden [dürfe]“ und damit die Geflüchteten im Lager Moria für einige mutmaßliche Brandstifter in Haft nimmt.
4. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie sich klar gegen solche Aussagen positioniert. Die Meinung eines einzelnen Staatsministers reicht dabei nicht aus.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle möglichen Wege für eine Aufnahme von mindestens 300 Flüchtlingen aus Moria zu forcieren. Dazu soll sie sich umgehend beim Bundesinnenminister für ein Aufnahmeprogramm mit der entsprechenden Zuweisung nach Hessen einsetzen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darüber hinaus Möglichkeiten zur Familienzusammenführung im Rahmen der Dublin-III-Verordnung zu prüfen und umzusetzen.
7. Der Landtag begrüßt die umgehend bekundete Bereitschaft verschiedener Städte zur Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen aus Moria und schlägt vor, diejenigen Kommunen und Landkreise, die sich als „sichere Häfen“ und damit zur zusätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen bereiterklärt haben, in die Flüchtlingsaufnahme planvoll einzubeziehen.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag vom Dezember 2018 findet sich die Ankündigung eines Landeaufnahmeprogramms für eine Gruppe Schutzsuchender mit hoher Vulnerabilität. Dazu wird weiter ausgeführt, dass Menschenrechte und gelebte Humanität im Mittelpunkt hessischer Asyl- und Flüchtlingspolitik stehen.

Im September 2019 wurde im Hessischen Landtag ein Dringlicher Antrag (20/852) der Regierungskoalition verabschiedet, der das Vorhaben bekräftigt und es mit der Prüfung verbindet, inwiefern im Rahmen eines Landesaufnahmeprogramms Seenotgerettete aufgenommen werden können. Beide Dokumente erwecken den Eindruck, dass eine humanitär begründete Aufnahme von Flüchtlingen von großer politischer Bedeutung in Hessen sei. Im Widerspruch dazu steht, dass eine Ermöglichung einer humanitären Aufnahme immer noch nicht auf den Weg gebracht worden ist.

Wiesbaden, 22. September 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Frank-Tilo Becher
Lisa Gnadl
Ulrike Alex
Wolfgang Decker
Nadine Gersberg
Dr. Daniela Sommer
Turgut Yüksel